

Till Kössler

## Doppelte Loyalitäten: Willi Agatz, die KPD und die Durchsetzung gewerkschaftlicher Einheit nach 1945

### Kommunistische Biographie und Gewerkschaftspolitik

Die KPD konnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene an ihre Weimarer Erfolge nicht nur anknüpfen, sondern sie vielerorts ausbauen.<sup>1</sup> In den ersten Nachkriegsjahren besaß sie mehr Einfluss in den Betrieben und Gewerkschaften als jemals zuvor und stellte eine Vielzahl von Betriebsräten, Betriebsratsvorsitzenden, Arbeitsdirektoren und Gewerkschaftsfunktionären. In Nordrhein-Westfalen besaßen sowohl im Bergbau als auch in der Metallindustrie in den Jahren 1946 bis 1948 mehr als 30 Prozent der Betriebsräte ein Parteibuch der Kommunistischen Partei und im Sommer 1948 waren fast ein Drittel aller lokalen Vorstandsmitglieder der Bergbau- und Metallgewerkschaften Kommunisten.

Die Zahlen deuten auf die große Bedeutung hin, die der Integration dieser Kommunisten für die Durchsetzung und politische Stabilisierung der neuen Einheitsgewerkschaften zukam. Bislang ist das Verhältnis der Kommunisten zu den neu entstandenen Einheitsverbänden zumeist als lineare Entwicklung von der Kooperation zur Konfrontation beschrieben worden. Nach einer Phase gemeinsamen, parteiübergreifenden Neuaufbaus habe die Polarisierung des Kalten Kriegs und der Druck von SED und KPD dafür gesorgt, dass die kommunistischen Gewerkschafter eine Konfliktstrategie gegenüber den gemäßigten Gewerkschaftsführungen aufnahmen.<sup>2</sup> Diese Beobachtungsweise ist nicht ganz falsch, berücksichtigt aber zuwenig die internen Entwicklungen sowohl in der kommunistischen als auch in der Gewerkschaftsbewegung. Die Interaktionen zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten waren weit komplexer und widersprüchlicher als es die gewerkschaftspolitischen Stellungnahmen der Parteien und Verbandsspitzen nahe legen. Der folgende Abriss über das gewerkschaftspolitische Handeln des hochrangigen kommunistischen Gewerkschafters Willi Agatz versucht anhand einer biographischen Skizze zu einer differenzierteren Analyse der Interaktionen von Kommunisten und ihren politischen Opponenten in den Einheitsge-

- 1 Dieser Aufsatz stellt die überarbeitete Fassung eines Beitrags für die Gewerkschaftlichen Monatshefte dar, der im März 2004 unter dem Titel „Willi Agatz. Kommunistische Biographie und Gewerkschaftspolitik nach 1945“ erschienen ist. Ich beschränke mich im Folgenden auf die nötigsten Anmerkungen. Ausführliche Literatur- und Quellenverweise finden sich in meiner Arbeit: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968, Düsseldorf 2005.
- 2 Vgl. Christoph Kleßmann: Betriebsparteigruppen und Einheitsgewerkschaft. Zur betrieblichen Arbeit der politischen Parteien in der Frühphase der westdeutschen Arbeiterbewegung 1945–1952, in: VfZ 31 (1983), S. 272–307; Klaus Schönhoven: Kalter Krieg in den Gewerkschaften. Zur Gewerkschaftspolitik von KPD und SPD nach 1945, in: ders. (Hg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel, Köln 1993, S. 261–280; Diethelm Prowe: Ordnungsmacht und Mitbestimmung. The Postwar Labor Unions and the Politics of Reconstruction, in: David E. Barclay/Eric D. Weitz (Hg.): Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990, New York 1998, S. 397–420.

werkschaften zu gelangen. Es soll nach den Motiven, Spielräumen und Veränderungen von Agatz' gewerkschaftlichem Handeln nach 1945 gefragt werden, unter jeweiliger Berücksichtigung der Verflechtung von biographischer Entwicklung und allgemeinerer Geschichte der kommunistischen Bewegung.

Die Ausführungen gliedern sich in drei Teile. Zunächst wird erläutert, welche Faktoren für den raschen Aufstieg von Willi Agatz zum Zweiten Vorsitzenden des Industrieverbandes Bergbau wenige Monate nach seiner Entlassung aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft im Frühjahr 1946 verantwortlich waren. Im – ausführlicheren – zweiten Teil werden unterschiedliche Positionen innerhalb der kommunistischen Bewegung zur Frage der Gewerkschaftseinheit unterschieden und Agatz' Versuche dargestellt, diese Positionen in der konkreten Politik miteinander zu verbinden. Hier sollen die Handlungsmöglichkeiten des kommunistischen Gewerkschafters zwischen Parteiloyalität und Verbandsdisziplin ausgelotet werden. Damit wird auch ein Beitrag zur wichtigen Frage nach der „Steuerung“ kommunistischer Aktivisten durch die (Ost-)Berliner Parteizentrale unternommen. Schließlich wendet sich die Darstellung Agatz' Handeln in den heftigen politischen Auseinandersetzungen in der Industriegewerkschaft Bergbau zwischen 1949 und 1953 zu. Sein Agieren wird im Kontext der Spaltung der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung erläutert und sein weiteres gewerkschaftspolitisches Engagement nach Ausschluss aus der IG Bergbau beschrieben.

Eine Vorbemerkung hinsichtlich der Probleme und Chancen einer kommunistischen Biographik erscheint notwendig. Die politische Doktrin der kommunistischen Parteien negierte das Konzept autonomer Subjektivität und suchte unter dem Leitbild des Kaders Mitglieder und Funktionäre zu prinzipiell austauschbaren Vertretern des Parteiwillens zu formen. Auch und gerade im persönlichen und moralischen Auftreten sollte der Kader die Überlegenheit des kommunistischen Menschenbildes demonstrieren. „Persönlichkeit“, verstanden als Abweichung von den rigiden Verhaltensnormen der Partei, war in diesem Zusammenhang grundsätzlich suspekt.<sup>3</sup> Bedeutung erlangten einzelne Aktivisten nur im „Personenkult“, den die kommunistischen Bewegungen um einzelne exponierte Führer veranstaltete. Die Parteien versuchten bewusst, einzelne Funktionäre als politisch und moralisch exemplarische Kämpfer für die Interessen der Werktätigen öffentlich hervorzuheben und in der Bevölkerung zu popularisieren. Doch auch in ihrem Fall spielte Subjektivität, der klassische Gegenstand von Biographien, keine Rolle. Vielmehr stellten sie gleichsam Symbole der Partei dar, die exemplarisch politische Ziele und moralische Wertordnung der kommunistischen Bewegung verkörperten. Biographische Forschungen zu Kommunisten können aufgrund dieser Prägungen nicht nur kaum auf „subjektive“ Quellen zurückgreifen<sup>4</sup>, sondern sehen sich auch mit der Frage konfrontiert, was eine kommunistische Biogra-

3 Zur Kaderbildung vgl. die interessanten Beobachtungen in: Brigitte Studer/Berthold Unfried: *Der stalinistische Parteikader. Identitätsstiftende Praktiken und Diskurse in der Sowjetunion der Dreißiger Jahre*, Köln 2001.

4 Auch kommunistische Erinnerungen sind in aller Regel hochgradig durch Parteivorgaben geprägt. Vgl. Catherine Epstein: *The Production of „Official Memory“ in East Germany: Old Communists and the Dilemmas of Memoir-Writing*, in: *Central European History (CEH)* 32 (1999), S. 181–201.

phik über eine Verdeutlichung der allgemeinen Parteigeschichte zu leisten vermag. Hier soll argumentiert werden, dass eine biographische Studie gerade die unausgesprochenen Widersprüche zwischen „Persönlichkeitsvorgaben“ der Partei und praktischem Handeln in den Blick zu nehmen hat und auf diese Weise wichtige Aufschlüsse über den Prozess der je individuellen Akkulturation in die kommunistische Gesinnungsgemeinschaft, seine Reichweite und seine Grenzen zu geben vermag. Das Auftreten von Willi Agatz war durch die angedeuteten Widersprüche gekennzeichnet. Als langjähriger Parteiarbeiter war er eng in die SED- und KPD-Hierarchie eingebunden und sah sich bis zu seinem frühen Tod 1957 als loyaler Exekutor des Parteiwillens. Gleichzeitig hoben ihn seine Popularität und bedeutende Stellung in der Bergarbeiterbewegung, die sich noch Anfang der 1950er Jahre in dem Versuch der SED niederschlug, ihn als westdeutschen „Bergarbeiterführer“ aufzubauen, jedoch aus der Masse der einfachen Parteimitglieder deutlich hervor. Aus seinen Rollen als Parteikader, belegschaftsnaher Arbeiterführer und Gewerkschafter ergaben sich unterschiedliche Verhaltensanforderungen, die er in seinem Auftreten und Handeln immer wieder miteinander in Einklang zu bringen versuchte.

### **Ursachen des Aufstiegs: Gewerkschaftsarbeit, Parteitraditionen und SED-Politik**

Was prädestinierte Agatz sowohl für Führungsfunktionen in der wiedergegründeten KPD als auch für eine herausgehobene Rolle in der neuen Einheitsgewerkschaft? Wieso fand er zunächst sowohl die besondere Unterstützung von SED und KPD als auch große Zustimmung in der Bergbaugewerkschaft? Die Antwort auf diese Fragen findet sich im Lebensweg von Agatz bis 1946.<sup>5</sup> Zwar ist seine Biographie bis 1945 den Lebensläufen vieler kommunistischer Gewerkschafter vergleichbar. Seine hohen politischen Ämter vor 1933 sowie seine frühzeitige Aneignung des neuen Kurs von SED und KPD in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft hoben ihn jedoch von der großen Mehrheit der kommunistischen Aktivisten ab.

Agatz durchlief in den 1920er Jahren eine kommunistische Bilderbuchkarriere. Er gehörte damit nach 1945 zur „Weimarer Generation“ in der Kommunistischen Bewegung, deren politisches Weltbild durch die politischen Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit und die Parteikultur der Weimarer KPD entscheidend geprägt wurden. Als Sohn eines sozialdemokratischen Bergarbeiters 1904 in Essen-Heisingen geboren, kam Agatz schon in sehr jungen Jahren mit Partei- und Gewerkschaftspolitik in Berührung. 1919 gründete er eine Ortsgruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend, die er ein Jahr später in den Kommunisti-

5 Die biographischen Informationen sind folgenden Quellen entnommen: Ernst Schmidt: *Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945*, Frankfurt a. M. 1979, S. 32–49; Nina Fishman/Holger Heith/Anita J. Prazmowska: *Winning the Peace. Communists' role in reconstructing mining trade unions and re-starting the coal industry, 1945–51. The cases of Edward Gierek (Upper Silesia, Poland), Willi Agatz (the Ruhr, West Germany) and Arthur Horner (Britain)*, unveröff. Manuskript 2001; Eintrag „Wilhelm Agatz“, in: Hermann Weber/Andreas Herbst: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004, S. 57; *Kaderakte Willi Agatz*, SAPMO/BA, BY 1/583.

schen Jugendverband Deutschlands (KJVD) überführte. Grundlage seines politischen Aufstiegs war jedoch vor allem seine gewerkschaftliche Tätigkeit, die er bald nach Antritt seiner Berglehre 1919 aufnahm. Im Laufe dieser Arbeit, während der er mehrere Male aufgrund seiner aktiven Beteiligung an Streiks entlassen wurde, brachte er es 1927 zum Zahlstellenleiter des „Alten Verbandes“ in Essen-Rellinghausen und 1928 als erst 24jähriger zum Betriebsobmann der Zeche Ludwig. Seine betriebliche und gewerkschaftliche Karriere erfuhr jedoch schon 1930 eine erste tiefe Zäsur. Aufgrund seiner führenden Beteiligung an einer kommunistischen Streikaktion verlor er 1930 nicht nur abermals den Arbeitsplatz, sondern wurde auch aus dem „Alten Verband“ ausgeschlossen. Seinen Aufstieg innerhalb der kommunistischen Bewegung beflügelten diese Entwicklungen jedoch. Noch 1930 wurde Agatz mit 26 Jahren als jüngstes Mitglied in den Reichstag gewählt. Gleichzeitig übernahm er eine leitende Funktion in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) sowie im kommunistischen Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands (EVBD), dessen Vorsitzender er 1932 wurde.

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 teilte Agatz das Schicksal der meisten höheren kommunistischen Funktionäre. Auf eine kurze, intensive Widerstandstätigkeit, in der er kurzzeitig als Reichsleiter der RGO agierte, folgte nach der Verhaftung 1934 während eines Aufenthaltes in Berlin eine lange Haftzeit, zunächst bis 1939 im Zuchthaus Luckau/Niederlausitz, anschließend im Konzentrationslager Sachsenhausen. Nach Kriegsbeginn setzte ihn das NS-Regime jedoch anders als die meisten anderen höheren Funktionsträger auf freien Fuß. Grund für diese überraschende Entscheidung, die nach dem Krieg in der SED zu einigen Verdächtigungen Anlass bot, mag das noch recht junge Alter von Agatz bei seiner Verhaftung gewesen sein. Seine Freiheit blieb jedoch durch Meldeauflagen eng beschränkt und war zudem nur von kurzer Dauer. Nachdem er sich einige Jahre als Maurer notdürftig über Wasser gehalten hatte, zog ihn die Wehrmacht Anfang 1943 in eine Bewährungseinheit, das Schützenregiment 962 (später in 999 umbenannt), ein. Nach Einsätzen in Griechenland und auf dem Baltikum geriet er 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft, wo er sich – wenig erstaunlich – sofort der Antifa-Bewegung anschloss.

Agatz vereinte aufgrund seiner Kriegsgefangenschaft wie wenige Gewerkschaftsfunktionäre in Westdeutschland in seiner Person die zwei wichtigsten politischen Strömungen in der kommunistischen Bewegung der Nachkriegszeit. Er repräsentierte sowohl die Weimarer Parteikultur, der sich die Mehrheit der Basisaktivisten der KPD auch nach 1945 verbunden fühlte, als auch die neue, im sowjetischen Exil ausgearbeitete „nationale“ Parteilinie, mit der die Ost-Berliner Parteiführung 1945 an die Öffentlichkeit und die eigenen Parteimitglieder trat und die innerparteilich wesentlich von ehemaligen Antifa-Schülern vertreten und durchgesetzt wurde. Beides zusammen, exemplarische Parteikarriere in den 1920er Jahren *und* die Aneignung des neuen politischen Kurses machten ihn für die SED zu einer idealen Besetzung für hohe Positionen in den Westzonen. Dies um so mehr, als er mit seinen 42 Jahren 1946 in der Gewerkschaftsbewegung noch ausgesprochen jugendlich wirkte und ihm die Ansprache der postfaschistischen, gewerkschaftlicher Interessenvertretung entfremdeten Arbeiterschaft eher zugetraut wurde als älteren Funktionären. Es war diese Kombination politischer und persönlicher Umstände, die ihm nach seiner Freilassung im Frühjahr 1946 zu

einer raschen Parteikarriere verhalf und ihn nicht nur in den nordrhein-westfälischen Landtag und in den Bundestag beförderte, sondern ihn auch zu dem bedeutendsten Gewerkschafter der KPD in der Bundesrepublik machte. Agatz schien in den Augen der engeren Berliner Parteiführung besonders geeignet, die durch die nationalsozialistische Verfolgung fragmentierte kommunistische Bewegung in ihrem Sinne zu reintegrieren und gleichzeitig der kommunistischen Politik in den neuen Einheitsgewerkschaften zum Durchbruch zu verhelfen.<sup>6</sup>

Agatz war aber nicht nur innerhalb der kommunistischen Bewegung eine bevorzugte Wahl für gewerkschaftliche Spitzenfunktionen, sondern er war darüber hinaus auch der sich neu formierenden Bergarbeiterbewegung besonders im Ruhrgebiet vermittelbar. Als langjähriger Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionär war er in die Gewerkschaftstradition des IV Bergbau eingebunden und mit den gewerkschaftlichen Netzwerken und Problemen des Ruhrgebiets vertraut. Zudem soll Agatz, wie Zeitzeugen betonen, selbst als RGO-Funktionär immer um ein gutes Verhältnis zu sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern bemüht gewesen sein. In nicht-kommunistischen Kreisen galt er aufgrund seiner Umgangsformen sogar zeitweise als „Edelkommunist“. Die Kontakte aus der Zwischenkriegszeit waren wohl ein entscheidender Grund dafür, dass Agatz, kaum aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, Ende 1946 in der Stichwahl um das Amt des Zeiten Vorsitzenden des IV Bergbau auch die Stimmen der meisten sozialdemokratischen Delegierten gewann und sich deutlich gegen einen christdemokratischen Konkurrenten durchzusetzen vermochte.

## Einheitskonzepte im Konflikt

Die historische Forschung hat in den vergangenen Jahrzehnten deutlich herausgearbeitet, dass trotz aller Appelle zum Neuanfang parteipolitische Konflikte in den neuen Einheitsgewerkschaften noch für eine lange Zeit fortbestanden. Die politischen Parteien versuchten vehement, die Gewerkschaftsentwicklung in ihrem Sinne zu beeinflussen.<sup>7</sup> Es wird im Hinblick auf die Kommunisten jedoch häufig übersehen, dass es auch innerhalb der kommunistischen Bewegung sehr unterschiedliche Vorstellungen über Form und Ziele der neuen Gewerkschaften gab. Ansichten und Hoffnungen kommunistischer Gewerkschafter unterschieden sich häufig deutlich von den gewerkschaftspolitischen Vorgaben Ost-Berlins. Diese Differenzen stellten eine wichtige Bürde und ein grundlegendes Problem für das Handeln

6 Es war anscheinend seine politische Bedeutung sowie seine große Popularität in der Mitgliedschaft, die Agatz Anfang der 1950er Jahre auch eine parteiinterne Untersuchung zu seiner Haftentlassung 1939 unbeschadet überstehen ließ, welche die Umstände seiner Freilassung 1939 zum Anlass kritischer Nachfragen machte. Vgl. die Schriftstücke zur parteiinternen Untersuchung ebd. sowie in: SAPMO/BA, NY 4109/8.

7 Vgl. Kleßmann: Betriebsparteigruppen; Schönhoven: Kalter Krieg. Vgl. auch die dokumentarischen Belege in: Die Industriegewerkschaft Metall in der frühen Bundesrepublik, bearbeitet von Walter Dörich und Klaus Schönhoven (Quellen zur Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 10), Köln 1991; Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1945 bis 1956, bearbeitet von Josef Kaiser (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 11), Köln 1996.

der kommunistischen Gewerkschafter dar, waren aber auch eine Grundlage für die beträchtlichen betrieblichen und gewerkschaftlichen Mobilisierungserfolge in den Nachkriegsjahren. Es lassen sich drei gewerkschaftspolitische Konzeptionen in der KPD unterscheiden, die spannungsreich nebeneinander bestanden und das Handeln von Willi Agatz in unterschiedlicher Weise umgrenzten und beeinflussten.

- 1) An der kommunistischen Basis und unter vielen kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären existierten sehr dezidierte eigene Vorstellungen von gewerkschaftlicher Einheit, die sich deutlich von den Konzepten der nicht-kommunistischen Gewerkschaftsführungen unterschieden. Die Mehrheit der Altkommunisten in den Betrieben verstand die Einheitsgewerkschaften nicht als organisatorischen Ausdruck einer neuen Kooperation über die Parteigrenzen hinweg, sondern in erster Linie als Fortsetzung der kommunistischen Einheitsfrontinitiativen der frühen 1930er Jahre. Die Gewerkschaften sollten nach 1945 endlich zu wirklichen „Kampforganisationen“ unter kommunistischer Hegemonie umgestaltet werden. Die kommunistische Initiative, im Herbst 1945 auf den Recklinghauser Schachtanlagen „Einheitslisten mit den besten Antifaschisten“ aufzustellen, bewegte sich beispielsweise im konzeptionellen Kontext der Weimarer Einheitsfrontpolitik, worauf nicht zuletzt die dezidierte Ablehnung des Vorschlags durch sozial- und christdemokratische Betriebsaktivisten hindeutet.<sup>8</sup>

Das besondere Verständnis der neuen Einheitsorganisationen durch weite Teile der kommunistischen Basis zeigt sich auch darin, dass die kommunistische Befürwortung von neuen Verbänden eine deutliche Stoßrichtung gegen die alten Gewerkschaftsführer des ADGB aufwies, die nach 1945 den überörtlichen Wiederaufbau der Gewerkschaften vorantrieben. Durch die Gründung von Einheitsorganisationen sollte die Macht der alten Gewerkschaftsbürokratie gebrochen und dem „wahren“ Arbeiterwillen zum Durchbruch verholfen werden. Ein früher kommunistischer Aufruf argumentierte beispielsweise:

„Frühere sozialdemokratische und christliche Gewerkschaftsführer versuchen von oben her, d. h. vom grünen Tisch, von den Büros Einheitsgewerkschaften in ihrem Sinne, unter ihrer Führung aufzubauen, was wir abzulehnen haben. [...] Die im Aufbau begriffenen Einheitsgewerkschaften bedeuten keine Fortsetzung der früheren Gewerkschaften, sondern sind eine vollkommene Neugründung.“<sup>9</sup>

Nur vor dem Hintergrund dieses spezifischen, gegen die Gewerkschaftshierarchie gerichteten Einheitsverständnisses wird auch die Aussage des kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden des Reichsbahnausbesserungswerkes in Mülheim verständlich, im Betrieb sei „ein starker Wille zur Einheit vorhanden [...], der sich aber nicht durchsetzen kann, da in den Reichsbahndirektionen die Bezirksausschüsse überwiegend mit Sozialdemokraten und Christen besetzt sind.“<sup>10</sup> Insgesamt mussten die kommunistischen Parteilei-

8 Bericht: Betriebsratswahlen Kreis Recklinghausen, Mitte November 1945, SAPMO/BA, BY 1/220.

9 Der Aufbau der Einheitsgewerkschaften, o.D. (1945), Stadtarchiv Dortmund, 457/8.

10 Bericht Fritz Müllerstein, o.D. (Anfang 1946), SAPMO/BA, BY 1/221.

tungen resigniert feststellen: „Die Einheit muss erkämpft werden, sogar bei unseren eigenen Genossen!“<sup>11</sup>

Die Akzeptanz der neuen Einheitsverbände unter den Altkommunisten gründete sich denn auch vor allem in der Annahme, bald die anderen politischen Kräfte majorisieren und die eigenen Vorstellungen durchsetzen zu können. In der historischen Rückschau erscheint es zunächst verwunderlich, dass die KPD ernsthaft an die Möglichkeit der eigenen Dominanz glaubte, zumal sie selbst auch immer wieder ihren Mangel an kompetenten Gewerkschaftsfunktionären betonte.<sup>12</sup> Doch nicht nur geschichtsphilosophische Selbstgewissheit, auch Berichte über die ersten Betriebsratswahlen, die insgesamt einen großen Stimmenvorsprung der Kommunisten meldeten, ließen eine kommunistische Mehrheit in den Gewerkschaften als durchaus möglich, wenn nicht sogar sicher erscheinen.<sup>13</sup>

- 2) Die kommunistische Parteiführung, die mit der SED-Führung in Eins gesetzt werden kann, teilte die Skepsis ihrer Basis gegenüber den nicht-kommunistischen Gewerkschaftsleitungen, verfolgte jedoch eine andere gewerkschaftspolitische Strategie und andere Ziele. Sie war sich schmerzlich bewusst, dass eine kommunistische Politik in der Tradition der Zwischenkriegszeit keine Mehrheit finden würde, und bemühte sich, die anderen politischen Kräfte nicht durch sozialrevolutionäre Forderungen zu verschrecken. Statt eines Konfrontationskurses, wie ihn weite Teile der Basis wünschten, setzte die Ost-Berliner Zentrale auf eine allmähliche Eroberung der Machtpositionen. Mittelfristiges Ziel war die Einbindung der Gewerkschaften in ihre neue „nationale“ Politik. Vor diesem konzeptionellen Hintergrund kritisierte sie immer wieder mit Nachdruck radikalere Bestrebungen ihrer Mitglieder und ermahnte sie kontinuierlich zu einem kooperativen Verhalten gegenüber den anderen politischen Kräften. Die Führungsgremien der SED/KPD verurteilten beispielsweise regelmäßig die Propagierung kommunistischer Wahlvorschläge im Vorfeld von Betriebsrats- und Gewerkschaftswahlen, wie sie in vielen Betrieben üblich waren und drängten sogar ihre Parteigenossen in kommunistisch dominierten Betrieben dazu, den anderen politischen Gruppen eine angemessene Repräsentanz im Betriebsrat zuzugestehen, obwohl rein kommunistische Betriebsvertretungen möglich gewesen wären.<sup>14</sup> Im Widerspruch zu der Einforderung intensiver Zusammenarbeit war die Parteiführung jedoch andererseits zu keinem Zeitpunkt zu echten Kompromissen mit den anderen politischen Kräften in der Gewerkschaftspolitik bereit. Im Zweifelsfall befürwortete sie deshalb auch eine Politik, die im deutlichen Gegensatz zu ihrer Einheitsrhetorik stand und ihre politischen Ansprechpartner vor den Kopf stieß. In der Mitgliedschaft rief diese ambivalente Haltung nicht selten Verwirrung hervor. So

11 Betriebsratswahlen Kreis Recklinghausen, Mitte November 1945, SAPMO/BA, BY 1/220.

12 Siehe etwa: Bericht der KPD Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen (Abschrift), 4. Dezember 1945, SAPMO/BA, BY 1/21: „Unsere Schwäche liegt darin, daß wir nicht genug Genossen haben, die stark genug sind, einen Verband im Bezirksmaßstab zu führen.“

13 Vgl. etwa: Bericht: Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet, o.D. (Ende 1945), SAPMO/BA, BY 1/220.

14 Siehe beispielsweise: IB Wichert, Dortmund, 8. Mai 1950, SAPMO/BA, BY 1/988; Bericht: Mülheim/Ruhr, Zeche „Rosenblumendelle“, 8. November 1950, SAPMO/BA, BY 1/994.

beschwerte sich beispielsweise ein ehemaliger Betriebsrat bei Krupp: „Einmal sollen wir nicht aufbiegen und brechen kämpfen und Kompromisse machen, und andererseits [heißt es, T.K.] keine Kompromisse.“<sup>15</sup> Obwohl die Partei „sektiererisches“ Verhalten periodisch geißelte, betrieb sie im Grunde eine ebensolche Politik.

- 3) Schließlich gab es aber noch eine dritte gewerkschaftspolitische Strömung in der KPD, die vor allem von einer Mehrzahl der kommunistischen Betriebs- und Gewerkschaftsaktivisten getragen wurde, aber auch bei vielen Neumitgliedern Zustimmung fand, die nicht in den Parteitraditionen der Zwischenkriegszeit verhaftet waren. Diese Position unterstützte zwar eine radikale Vertretung von Arbeiterinteressen, begrüßte jedoch die Gründung von Einheitsorganisationen als tatsächlichen Neuanfang. Auch wenn sich ihre Vorstellungen der langfristigen Ziele gewerkschaftlichen Handelns von derjenigen sozial- und christdemokratischer Gewerkschafter unterschieden, stand für sie doch die Notwendigkeit starker, überbetrieblicher und überparteilicher Arbeiterorganisationen als Interessenvertretung ebenso außer Frage wie das Erfordernis einer pragmatischen Aufbaupolitik. Diese Gruppe von Kommunisten, die nach 1945 zumeist betriebliche oder gewerkschaftliche Funktionen übernahm, stand gewerkschaftspolitisch den Gewerkschaftern anderer politischer Couleur sehr nahe und unterschieden sich in ihrem alltäglichen gewerkschaftlichen Handeln nur wenig von ihnen.

Die drei hier knapp dargestellten Positionen zur Einheitsgewerkschaft lassen sich idealtypisch klar voneinander abgrenzen. In der Praxis existierten aber zumeist Mischungsverhältnisse. Sie lassen sich als unterschiedliche Handlungsanforderungen verstehen, zu denen sich gerade die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre verhalten mussten, wie am Beispiel von Willi Agatz gezeigt werden kann.

## **Einheitspolitik in den Gewerkschaften**

Die gewerkschaftliche Karriere von Willi Agatz verlief auch nach 1945 äußerst wechselhaft. Zwischen Herbst 1946 und Herbst 1948 gehörte Agatz als Zweiter Vorsitzender des IV Bergbau und als Mitglied des erweiterten Bundesvorstands des DGB zum Kreis der einflussreichsten Gewerkschafter in den Westzonen. Auch nach seiner Niederlage in der erneuten Kandidatur um den Gewerkschaftsvorsitz 1948 behielt er als hauptamtlicher Angestellter des Hauptvorstandes bis in das Frühjahr 1950 einigen Einfluss in der Bergbaugewerkschaft. Er repräsentierte eine starke Minderheitengruppe in der Mitgliedschaft, deren Interessen die gemäßigten Gewerkschaftsführungen noch längere Zeit zumindest ins Kalkül ziehen mussten.

Wie verhielt sich Agatz nun gegenüber den Vorgaben von SED und KPD, den Interessen des kommunistischen Teils der Mitgliedschaft und den Anforderungen der gemäßigten Gewerkschaftsführungen? Wie versuchte er Partei- und Gewerkschaftsloyalität miteinander zu verbinden? Wie groß waren seine Handlungsspielräume und auf welche Weise nutzte er sie? Versucht man Agatz' Politik als Zweiter Vorsitzender in den ersten Nachkriegsjahren

15 Bericht: Ilse Heidler über Reise nach NRW, 7.–31. Juli 1949, SAPMO/BA, BY 1/988.

zusammenzufassen, so kann von einer doppelten Stoßrichtung seiner Bemühungen gesprochen werden. Erstens bemühte er sich, die betriebszentrierten, organisations skeptischen Strömungen an der kommunistischen Basis (und in den einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung indifferent gegenüberstehenden Teilen der Arbeiterschaft) gewerkschaftlich zu integrieren. In den Auseinandersetzungen zwischen kommunistischen Betriebsgruppen und sozialdemokratischen sowie christdemokratischen Kräften in den Unternehmen versuchte Agatz, in den ersten Jahren seiner Tätigkeit eine vermittelnde Position einzunehmen. Obwohl er die Kritik kommunistischer Betriebsaktivisten gegenüber Sozialdemokraten und Christdemokraten inhaltlich zumeist teilte, versuchte er doch, die auftretenden Konflikte im Rahmen der neuen Gewerkschaft, durch gewerkschaftliche Schlichtungsverfahren zu lösen. Provokative Handlungen, welche die Konflikte hätten eskalieren lassen, missbilligte und unterband er, soweit ihm das möglich war.<sup>16</sup> In dieser Hinsicht entsprach seine Haltung sowohl den Intentionen der SED als auch den Interessen der Gewerkschaftsführungen und war innergewerkschaftlich wenig umstritten.

Zweitens war es jedoch von Anfang an das Anliegen von Agatz, die IG Bergbau zu einer „kämpferischen“ Organisation zu formen, die sich deutlich vom „Alten Verband“ der Zwischenkriegszeit unterscheiden und durch einen konfrontativen Kurs gegenüber den Westalliierten und ihren ökonomischen Neuordnungsvorstellungen auszeichnen sollte.<sup>17</sup> Sein Eintreten für die Gewerkschaftseinheit stand von Anfang an unter der Prämisse, dass sich seine politischen Vorstellungen letztlich durchsetzen würden. In der Alltagsarbeit war er jedoch zunächst um einen möglichst großen Konsens in der Gewerkschaftspolitik bemüht. Dies unterstreicht auch seine Kritik an direkten Einflussversuchen der KPD auf die Gewerkschaftspolitik. Gegenüber SED und KPD vertrat er trotz aller politischen Loyalität das Konzept zumindest organisatorischer gewerkschaftlicher Autonomie. So erklärte er in einem Schreiben an den nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden der KPD, Josef Ledwohn:

„Auch unsere Partei muss noch lernen, ihr Verhältnis zu den Einheitsgewerkschaften richtig und fruchtbar zu gestalten. Die Gewerkschaften müssen unter allen Umständen sicherstellen, dass ihre Leitungen durch korrekte demokratische Wahlen gebildet werden. Deshalb müssen Parteien gerade an diesem empfindlichen Punkt, die Freiheit ihres Handelns begrenzen.“<sup>18</sup>

Den Hintergrund dieser Äußerungen bildete sicherlich auch die taktische Einsicht, dass offene Einflussversuche von SED und KPD das Agieren der Kommunisten in den Gewerkschaften erschwerten und diskreditierten, doch werden in den Stellungnahmen von Agatz

16 Vgl. Bezirksleitung Gelsenkirchen-Buer der IG Bergbau an W. Agatz, 28. Juli 1947, Beschwerde über Flugblattverteilung auf Bismarck 7/8, Archiv für soziale Bewegungen (AfsB), IGBE-Archiv, Abt. Org. 14/2; W. Agatz an Wilhelm Klocke, 12. Februar 1948, AfsB, IGBE-Archiv, Abt. Org. 2.

17 Vgl. etwa den Bericht über einen von Agatz abgehaltenen Schulungskurs, in dem er eine konfrontativere Haltung gegenüber den westalliierten Militärregierungen anmahnte: Karl Johofer an August Schmidt, 5. August 1947, AfsB, IGBE-Archiv, Jugend 1.

18 W. Agatz an J. Ledwohn, AfsB, IGBE-Archiv, Abt. Org. 14/4.

auch Ansätze einer Annäherung des Kommunisten an die politische Doktrin der neuen Einheitsgewerkschaften sichtbar, die parteipolitische Abstinenz einforderte und die Eigengesetzlichkeit gewerkschaftlicher Belange gegenüber dem politischen System betonte. Es darf allerdings nicht übersehen werden, dass Agatz nur zeitweise und partiell diese Positionen teilte. Ein wichtiger Teil der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre vertrat sie dagegen bald sehr viel offensiver als Agatz.

Während sich in den turbulenten Anfangsmonaten und -jahren seiner Nachkriegstätigkeit die unterschiedlichen gewerkschaftspolitischen Interessen im Handeln noch halbwegs verbinden ließen, nahmen im Laufe der Zeit die Handlungsspielräume für Agatz rapide ab. Immer öfter sah er sich vor das Problem gestellt, zwischen konträren Anforderungen entscheiden zu müssen. Das Beispiel der Debatten um das Punkteabkommen im Bergbau vermag diese Konfliktsituation etwas näher zu kennzeichnen. Seit dem Sommer 1946 hatte die britische Militärregierung Möglichkeiten erwogen, durch eine leistungsbezogene Zusatzversorgung der Bergleute mit Lebensmitteln eine dringend notwendige Produktionssteigerung zu erreichen. Nach der Bildung der Bizone trat am 16. Januar 1947 ein Punkteabkommen in Kraft, das die erwünschten Leistungsanreize geben sollte und dem der IV Bergbau nach langen Diskussionen schließlich zugestimmt hatte. In den Betrieben und besonders unter den Kommunisten regte sich jedoch schon früh Kritik an dem Abkommen. Angesichts der Ernährungskrise im Frühjahr 1947 steigerten sich die Proteste noch einmal. In Resolutionen wandten sich viele Betriebsräte und untere Gewerkschaftsfunktionäre gegen den Punkteplan als „Antreibesystem“ und als „Peitsche in den Händen der Grubenherren, mit deren Hilfe die Ausbeutung bis ins Unerträgliche gesteigert werden“ soll.<sup>19</sup> Erwägungen einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung der Bergleute standen in der Debatte gegen einen radikal betriebszentrierten Standpunkt, der vor dem Hintergrund der Erfahrungen während des Nationalsozialismus Produktionssteigerungskampagnen als Zwang von außen grundsätzlich ablehnte und auf der autonomen Gestaltung des Arbeitsablaufes beharrte.<sup>20</sup>

Agatz sah sich wie viele kommunistischen Gewerkschafter im Ruhrgebiet in dieser Situation in einer Zwickmühle. Auf der einen Seite sah er die ökonomische Notwendigkeit einer Produktionssteigerung und die im Punktesystem angelegten Möglichkeiten einer Verbesserung der materiellen Existenzbedingungen der Bergarbeiter. So beteiligte er sich in der Anfangszeit aktiv an den Verhandlungen und gehörte zu den entschiedenen Befürwortern des Plans. Im Frühjahr 1947, auf dem Höhepunkt sowohl einer Ernährungskrise als auch einer Krise gewerkschaftlicher Autorität, appellierte er beispielsweise an die unteren Funktionäre des Verbandes – und hatte dabei augenscheinlich im Besonderen seine eigenen Parteigenossen im Sinn:

19 Makowski, Geschäftsstellenleiter Gelsenkirchen-Buer, an A. Schmidt, Hauptvorstand IV Bergbau, 9. September 1947, AfsB, IGBE-Archiv, BR 6.

20 Bericht über die Delegiertenkonferenz des Ruhrgebiets am 13. November 1946 im Parkhaus Bochum, AfsB, IGBE-Archiv, Div. 12.

„Der Vorstand wendet sich an alle Funktionäre des IV Bergbau, das Ansehen des Verbandes unter den Bergarbeitern zu verstärken. Jeder chauvinistischen Tendenz unter den Bergarbeitern, die davon ausgeht, daß man nicht für die Besatzungsmacht arbeiten wolle, ist schärfstens entgegenzutreten. Die Bergarbeiter arbeiten für ihr Volk. Sie werden sich deshalb auch mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Kohleförderung nicht zurück geht. Die Zurückziehung der Unterschrift der Verbandsvertreter unter das Punktesystem ist darum auch zur Zeit völlig indiskutabel. [...] Im Bewußtsein seiner Verantwortung für die Kohleproduktion muß der IV Bergbau sich darum jeder Abwärtsentwicklung der Kohleförderung entgegenstellen.“<sup>21</sup>

Auf der anderen Seite konnte Agatz jedoch auch den Unwillen vieler Arbeiter, Mehrarbeit zu leisten, nicht ignorieren, wollte er sich nicht eines wichtigen Teils der kommunistischen Anhängerschaft entfremden. Darüber hinaus musste er auch die Vorbehalte von SED und KPD gegen das Abkommen berücksichtigen. Diese befürchteten eine materielle Pazifizierung der Arbeiter auf Kosten ihrer weitergehenden politischen Forderungen und forderten nach einigen Diskussionen im Herbst 1947 ihre Vertreter im IV Bergbau auf, sich aus dem Punkteausschuss zurückzuziehen. Ende 1947 vermochte es Agatz gerade noch, sich den gegensätzlichen Handlungsanforderungen zu entziehen, indem er – anders als seine zwei kommunistischen Kollegen im Punkteausschuss, die gegen den Parteiwillen dem neuen Abkommen zustimmten – sich am Tage der Unterzeichnung eines neuen Abkommens krank meldete.<sup>22</sup> Noch, so lässt sich sein dilatorisches Verhalten deuten, sah er die Auseinandersetzungen um das Punktesystem als Einzelfall. Er hoffte weiterhin, Partei- und Gewerkschaftsloyalität miteinander verbinden zu können. Ein weiterer Punkt des Konflikts ist bemerkenswert: Dass selbst langjährige und führende Kommunisten wie Agatz sich nicht in der Lage sahen, die Gewerkschaftspolitik von SED und KPD ohne weiteres in die Praxis umzusetzen, weist auf die Zerrissenheit der kommunistischen Bewegung zu dieser Zeit hin.

### **Entscheidung für die Partei: Ausschluss und neue „RGO-Politik“**

In der Kontroverse um das Punkteabkommen traten die politischen Gegensätze in der Einheitsgewerkschaft deutlich hervor. Die Fortdauer dieser Gegensätze führte dazu, dass die Einheit des Bergbauverbandes trotz der vorhandenen parteiübergreifenden Zusammenarbeit in den Gewerkschaftsgremien zunächst eine eher formale blieb. Unter dem Dach der Einheitsgewerkschaft bestanden parteipolitisch gefärbte Kommunikationsnetzwerke fort. Meldungen, Beschwerden, Informationen über die Lage vor Ort sowie Einladungen zu Veranstaltungen erfolgten oft über die Köpfe politisch anders orientierter Geschäftsstellen und Bezirksleitungen hinweg unmittelbar an die jeweils „eigenen Vertreter“ im Hauptvorstand.

21 W. Agatz, Hauptvorstand des IV Bergbau, Rundschreiben Nr. 10/47, 22. April 1947, AfsB, IGBE-Archiv, Div. 12.

22 Die zwei weiteren KPD-Mitglieder im Ausschuss unterschrieben dagegen das Abkommen, in: Westfälische Rundschau, 13. September 1947.

Kommunistische Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre im sozialdemokratisch dominierten Bezirk Dortmund wandten sich beispielsweise unter Missachtung der formalen Kommunikationskanäle regelmäßig mit ihren Anliegen direkt an Agatz, während umgekehrt sozialdemokratische Gewerkschafter im Bezirk Gelsenkirchen-Buer ihrerseits die mehrheitlich kommunistische Bezirksleitung ignorierten.<sup>23</sup> Agatz wurde dabei zunehmend in die Rolle eines informellen Vorsitzenden des kommunistischen Teils des IV Bergbau hineingedrängt und nahm diese Rolle auch selbst an.

Die aufgestaunten Konflikte entluden sich Ende der 1940er Jahre im Zuge des Machtausbaus der gemäßigten Gewerkschaftsführer, einer Verschärfung der Gewerkschaftspolitik von SED und KPD und der Enttäuschung vieler Kommunisten über das offensichtliche Scheitern ihrer weitreichenden Neuordnungshoffnungen in offenen Auseinandersetzungen. Die kommunistischen Vertreter in den Gewerkschaftsleitungen waren nun gezwungen, sich für oder gegen den politischen Kurs der etablierten Gewerkschaftsführungen zu entscheiden. Versuche, die Entscheidung zu umgehen, waren spätestens seit dem Frühjahr 1950 nicht mehr möglich.<sup>24</sup> Zu diesem Zeitpunkt erreichte eine wechselseitige Polarisierung von Kommunisten und Nicht-Kommunisten ihren Höhepunkt, die nicht nur den Ausschluss beziehungsweise den Austritt vieler hochrangiger Kommunisten aus den Gewerkschaften zur Folge hatte, sondern auch die Gruppe der kommunistischen Gewerkschafter grundlegend in eine parteiloyale und eine gewerkschaftsloyale Fraktion spaltete.

Auch Agatz schlug seit 1948 einen schärferen Ton gegenüber den gemäßigten Gewerkschaftsführern an. Die Kritik der SPD an den Kommunisten und das Vorgehen gegen sie trugen dabei zur Radikalisierung seiner Äußerungen bei. So kritisierte er beispielsweise im August 1948 in einem Brief an seine Vorstandskollegen die vermeintliche „Zweckmäßigkeit“ des Verbandes in den vergangenen Monaten scharf. Der Hauptvorstand sei, so seine Klage, zu einem verlängerten Arm der DKBL und damit der britischen Militärregierung mutiert und vernachlässige die Interessen der Bergarbeiter.<sup>25</sup> Anders als die Parteileitungen von SED und KPD vermied es Agatz jedoch auch in der Folgezeit und nach seiner Abwahl bewusst, seine Klagen in eine Fundamentalkritik an den Gewerkschaften übergehen zu lassen. In einigen Fällen protestierte er sogar bei den Führungsgremien der KPD gegen die Veröffentlichung publizistischer Attacken gegen die Gewerkschaftsleitungen.<sup>26</sup> Seine Tätigkeit in den Gewerkschaften bildete nach wie vor eine Grundlage von kritischer Loyalität, wenn diese auch zunehmend brüchiger wurde.

Im Frühjahr 1950 war jedoch der Verständigungswille zwischen den Fraktionen in der IG Bergbau weitgehend erschöpft. Während die Gewerkschaftsführung zu einer offensiven Verdrängung von Kommunisten aus Funktionärspositionen überging, die den kommunisti-

23 Vgl. zum Beispiel: H. Kaim, Beckum an W. Agatz, 6. Dezember 1947, AfsB, IGBE-Archiv, Betriebsräte 6.

24 Siehe hierzu als besonders plastisches Beispiel: Niederschrift über eine Besprechung des erweiterten Vorstandes der IG Bergbau, 8. März 1950, AfsB, IGBE-Archiv, Vorstand 4.

25 W. Agatz an Platte und übrige Vorstandsmitglieder des IV Bergbau, 19. August 1948, AfsB, IGBE-Archiv, Div. 12.

26 W. Agatz an August Schmidt, 19. August 1948, ebd.

schen Einfluss in den Gewerkschaftsgremien in kürzester Zeit fast vollständig zunichte machte, lässt sich auch auf Seiten von Agatz seit dem Winter 1949/50 eine rapide Abnahme der Kooperationsbereitschaft erkennen. Er nahm die Entwicklung, die zu seiner Entlassung als Angestellter des Hauptvorstandes und gleichzeitigem Gewerkschaftsausschluss im September 1950 führten, bewusst in Kauf und forcierte sie sogar. Im Juni veröffentlichte er einen Artikel in der kommunistischen „Neuen Volkszeitung“, in dem er den Hauptvorstand erstmals auch in der Wortwahl heftig angriff und ihm in kommunistischer Diktion „Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Unternehmern“ vorwarf. Von der Gewerkschaftsführung zur Rede gestellt erklärte er, „daß er den Artikel bewußt in die Zeitung gestellt [habe], da er mit der Verbandsführung nicht mehr einverstanden“ sei.<sup>27</sup> Gezwungen, sich zwischen Partei und Gewerkschaft zu entscheiden, wählte er erstere. Er repräsentierte damit einen nicht unbedeutenden Teil der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung, deren gewerkschaftliche Integration ihre Parteibindung nicht abgeschwächt hatte und die im Verlaufe des Jahres 1950 freiwillig oder unfreiwillig die DGB-Verbände verließen. Agatz' Beispiel und Kritik erreichte jedoch einen größeren Teil der Kommunisten nicht mehr, die sich in den vorangegangenen Jahren langsam von der KPD, deren „nationale“ Politik ihnen immer unverständlicher geworden war, gelöst hatten und im Augenblick der Krise eine Entscheidung gegen die Partei trafen.

Nach dem Ausschluss aus der IG Bergbau radikalisierte sich die gewerkschaftspolitische Haltung von Agatz im Einklang mit demjenigen Teil der Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre, die mit ihm die Gewerkschaft verließen, schnell. Es erfolgte nun erstmals eine vollständige Identifizierung mit der Gewerkschaftspolitik der SED. Die Radikalisierung der offiziellen KPD-Politik korrespondierte für sie mit ihren persönlichen Erfahrungen des gewerkschaftlichen Ausschlusses. Zudem band die Übernahme von Parteifunktionen in der KPD diese Gruppe von Gewerkschaftern organisatorisch, materiell und ideologisch sehr viel enger in den Parteikosmos der SED ein, als dies in den ersten Nachkriegsjahren der Fall gewesen war. Aus der Gewerkschaft verstoßen, bemühten sich diese Kommunisten nun, unabhängig vom DGB ihre weitreichenden Ziele durchzusetzen. Die scharfe Frontstellung gegen die DGB-Gewerkschaften, die in der berüchtigten These 37 des Parteiprogramms im Frühjahr 1951 ihren Ausdruck fand, beruhte dabei nicht allein auf deutschlandpolitischen Entscheidungen in Ost-Berlin, sondern war auch das Resultat der Eskalation der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen vor Ort. Die ausgestoßenen Kommunisten bildeten die Trägergruppe der sondergewerkschaftlichen Mobilisierungsversuche der SED in den folgenden Jahren, mit der die KPD verzweifelt versuchte, ihren Einfluss auf die Industriearbeiterschaft zu wahren und aufzubauen, die umgekehrt jedoch wiederum die Verdrängung der Kommunisten aus gewerkschaftlichen Führungspositionen beschleunigte und bedingte.

Agatz spielte in den sondergewerkschaftlichen Aktionen eine leitende Rolle. Er war Anfang der 1950er Jahre in leitender Position damit befasst, neben dem DGB ein eigenständiges gewerkschaftsähnliches Organisationsgefüge zu schaffen, das im Falle eines Erfolgs einer kommunistischen Gewerkschaft in der Tradition der RGO sehr nahe gekommen wäre.

27 Notizen über die Sitzung des Hauptvorstandes, 24. Juni 1950, AfsB, IGBE-Archiv, Vorstand 1.

Agatz organisierte und koordinierte verschiedene Kampagnen in den Jahren 1950 bis 1953, welche die Belegschaften in den einzelnen Betrieben der Region im Sinne der SED mobilisieren und die organisatorischen Bedingungen eines überörtlichen Zusammenschlusses legen sollten.<sup>28</sup> An dieser Stelle soll nur der bedeutendste Versuch, eine eigenständige Gewerkschaft zu etablieren, erwähnt werden, der Aufbau des „Deutschen Arbeiterkomitees“ (DAK) und der „Aktionseinheits“-Ausschüsse (AE) als dessen betriebliche Ableger seit Anfang 1951. Das DAK, dem Agatz als Leiter vorstand und das er nach außen maßgeblich repräsentierte, entfaltete in der zweiten Jahreshälfte 1951 einige Aktivität, obwohl durch das bundesweite Verbot der Vereinigung Ende April von vornherein eine schwere Hypothek auf der Organisation lastete.<sup>29</sup> Trotz einzelner betrieblicher Erfolge, misslang eine langfristige Mobilisierung über einen kleinen Kern überzeugter Kommunisten hinaus jedoch vollständig. Nicht einmal alle KPD-Mitglieder in den Betrieben vermochte das Komitee zu aktivieren.<sup>30</sup> Mit dem organisatorischen Fehlschlag scheiterte auch der Plan Ost-Berlins, Willi Agatz als Volkstribun und Alternative zum Führungspersonal des DGB in der Öffentlichkeit zu etablieren.<sup>31</sup>

Das endgültige Scheitern der sondergewerkschaftlichen Bewegung 1953 bedeutete für Agatz einen letzten Rollenwechsel. Bis zu seinem frühen Tod 1957 arbeitete er als Propagandist der Westkampagnen der SED. Nicht mehr die Transformation der westdeutschen Gewerkschaften in revolutionäre Kampforganisationen, sondern die Werbung für eine Zusammenarbeit von DGB und FDGB stand nun im Mittelpunkt seines politischen Handelns. Nachdem er sich einem Haftbefehl durch die Übersiedlung nach Ost-Berlin entzogen hatte, blieb er in westdeutschen Betrieben und Gewerkschaften nur mehr durch illegal verteilte Aufrufe und Informationsbroschüren präsent.<sup>32</sup>

28 Land Commissioner NRW an High Commissioner, 6. Dezember 1950, Public Record Office/Kew, FO 1013/1325.

29 Das DAK wurde durch den Bundesinnenminister im Zusammenhang des Vorgehens gegen die Anti-Remilitarisierungskampagne der SED/KPD verboten. Es ist nicht bekannt, ob es im Vorfeld des Verbots zu einer Besprechung zwischen DGB und Bundesregierung kam. Vgl. Beschluss der Bundesregierung vom 24. April 1951, BAK, B136/1732.

30 Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, 001671, Betr.: Deutsches Arbeiterkomitee und Aktionseinheit, o.D. (Herbst 1951), HStAD, RW 164/671; Bericht, Betr.: Kreisdelegiertenkonferenz der Aktionseinheiten (AE), 15. August 1951, ebd.

31 Vgl. zur personellen Zusammensetzung: Bericht des LfV Nordrhein-Westfalen, 001671, Betr.: Deutsches Arbeiterkomitee und Aktionseinheit, o.D. (Herbst 1951), ebd.; Bericht Siggi Neumann, 22. November 1951, ebd. Zur Tätigkeit des DAK vgl. auch die einzelnen Berichte in: SAPMO/BA, DY 30/IV 2/10. 2.

32 So zeichnete er beispielsweise für die aus der DDR importierte Zeitschrift „Bergbau-Information“ verantwortlich, die Mitte der 1950er Jahre jeweils in großer Auflage in westdeutschen Betrieben verteilt wurde: Rheinischer Merkur, 20. November 1953, Stalinbanner über der Ruhr. Die kommunistische Organisations- und Agitationsarbeit in den Betrieben.

## Fazit

Eine Betrachtung des gewerkschaftspolitischen Handelns von Willi Agatz vermag Aufschlüsse über den Prozess gewerkschaftlicher Neuausrichtung und Stabilisierung aus einer bislang weniger beachteten Perspektive zu geben, derjenigen der kommunistischen Gewerkschafter. Im gewerkschaftlichen Handeln von Willi Agatz trafen Ambitionen, Widersprüche und Entwicklungen der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit aufeinander. Von Anfang an existierten sehr unterschiedliche Vorstellungen und Interessen hinsichtlich des Wiederaufbaus der Gewerkschaften. Es zeichnete Willi Agatz gegenüber anderen Kommunisten aus, dass er eine breite Anzahl der gewerkschaftspolitischen Strömungen gleichzeitig zu repräsentieren und, wenn auch nur kurzfristig, zu integrieren vermochte. Aufgrund seines Lebenslaufes war er zunächst sowohl für die SED als auch für die kommunistischen Betriebsaktivisten sowie die nicht-kommunistischen Gewerkschafter akzeptabel, die jeweils unterschiedliche Hoffnungen auf ihn projizierten.

Obwohl er sich stets als loyaler Kommunist betrachtete, deutet viel darauf hin, dass Agatz zunächst tatsächlich daran glaubte, die unterschiedlichen Strömungen durch Überzeugungsarbeit in eine gemeinsame, einheitliche Politik überführen zu können. Sein Handeln ist dadurch gekennzeichnet, dass er radikale Umgestaltungsinteressen und eine pragmatische Gewerkschaftsräson, die Parteiloyalität und das Einheitsgewerkschaftsprinzip miteinander zu verbinden trachtete. Damit steht es stellvertretend für die Bemühungen vieler Kommunisten, die nach 1945 Gewerkschaftsämter übernahmen. Die Unmöglichkeit und Widersprüchlichkeit einer solchen Politik traten jedoch im Laufe der Zeit immer deutlicher hervor und führten letztlich zur Spaltung der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung. Während sich Agatz mit einem Teil der Kommunisten radikalisierte und an RGO-Positionen anknüpfte, löste sich ein anderer, größerer Teil allmählich von der Kommunistischen Partei.

Die Durchsetzung der Einheitsgewerkschaften hatte in Bezug auf die Kommunisten somit eine integrative und eine ausschließende Seite. In weiterer Perspektive war Agatz' Handeln durch eine paradoxe Struktur gekennzeichnet. Indem er in den ersten Nachkriegsjahren die gewerkschaftliche Integration radikaler betriebsorientierter Arbeitergruppen vorantrieb und ihren Anliegen eine Stimme verlieh, trug er mittelfristig zur Durchsetzung der Einheitsgewerkschaft in den Bergbaubetrieben und damit zu einer Schwächung der kommunistischen Betriebsbewegung bei, als deren prominentester Exponent er agierte.